

**Eröffnungsrede des  
Bundesjugendsekretärs  
des Deutschen Gewerkschaftsbunds**

**Florian Haggemiller**



**Veranstaltung der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), Arbeiterkammer Wien und der DGB-Jugend - „Arm trotz Arbeit und keine Chance auf einen guten Job“**

**10. November 2016 in Wien**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung und auch von mir ein herzliches Willkommen zu dieser Veranstaltung. Ich möchte der Arbeiterkammer Wien sowie der österreichischen Gewerkschaftsjugend für die Vorbereitung und Organisation dieser Veranstaltung danken.

„Arm trotz Arbeit und keine Chance auf einen guten Job“ heißt der Titel der Veranstaltung und das könnte auch das Resümee von meiner Seite zu den ab Ende der 1990er Jahre in Deutschland angeleiterten sogenannten Arbeitsmarktreformen sein.

Eine Reform, das will ich anfangs sagen, ist laut Definition eine Umgestaltung und Erneuerung von vorhandenen gesellschaftlichen oder politischen Verhältnissen, um sie zu **verbessern**.

Ich möchte zuerst die nächsten Minuten nutzen, um ein wenig tiefer über die Auswirkungen dieser so genannten Hartz Reformen zu sprechen und diese aus Sicht der deutschen Gewerkschaftsjugend bewerten.

Diese Reformen wurden zwar vor allem arbeitsmarktpolitisch umgesetzt. Sie haben aber massive Auswirkungen auf die Lebensumstände von vielen Beschäftigten und auf viele Arbeitssuchende und krasse Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Debatten, vor allem auf den Blick auf Arbeitssuchende.

Sätze des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der von „Fördern und Fordern“ sprach oder die zynischen

Worte des damaligen SPD-Arbeitsministers, Franz Müntefering: „Nur wer arbeitet, soll auch essen“, haben damals die Debatte ordentlich angeheizt.

Gut, dass wir heute einen Blick auf die Auswirkungen dieser Gesetze in Deutschland werfen. Ein ganzheitlicher Blick auf die Auswirkungen ist nämlich wichtig.

Als die damalige Bundesregierung Anfang der 2000er Jahre - ausgerechnet unter sozialdemokratischer Führung - die Hartz-Reformen beschlossen hat, waren die deutschen Gewerkschaften äußerst irritiert. Was war passiert?

Konkret ging es um vier einzelne Gesetespakete, die nach Peter Hartz, dem ehemaligen VW-Personalvorstand und Leiter der „Hartz-Kommission“, mit „Hartz I bis IV“ benannt wurden.

Diese Gesetze deregulierten jeweils eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt, mit dem Ziel, die Arbeitslosenvermittlung zu reformieren und die Arbeitslosigkeit von damals vier Millionen in wenigen Jahren zu halbieren.

Ich möchte im Folgenden kurz auf die einzelnen Gesetze und ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt eingehen:

**Hartz I** beschäftigt sich mit damals neuen Arbeitsformen wie Leih- und Zeitarbeit.

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde durch Hartz I in wesentlichen Punkten geändert: Das besondere Befristungsverbot, das Synchronisationsverbot, das Wiedereinstellungsverbot und die Beschränkung der Überlassungsdauer auf höchstens zwei Jahre wurden aufgehoben. Damit wurde es Unternehmen leichter gemacht,

Leiharbeiterinnen und -arbeiter zu beschäftigten, oft ausschließlich zu niedrigeren Löhnen und geringeren Sozialstandards wie regulär Beschäftigte.

**Hartz II** tat dasselbe für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Die so genannten Minijobs. Dies sind Arbeitsverhältnisse bei denen Beschäftigte nicht mehr als 450 Euro (heute) verdienen dürfen.

**Hartz III** beschäftigte sich im Wesentlichen mit der Umstrukturierung der alten Arbeitsamtsstruktur zu einer neuen „Bundesagentur für Arbeit“.

Und schließlich **Hartz IV**: die bekannteste Reform von allen. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) für Erwerbsfähige zum Arbeitslosengeld II (ALG II) zum Teil auf ein Niveau unterhalb der Sozialhilfe.

Mit diesen vier Paketen wurden Beschäftigungsverhältnisse dereguliert und auf der anderen Seite wurden die Sanktionsmechanismen für Arbeitslose verschärft.

Gut, dass wir im Laufe des Vormittags dazu mehr ins Detail gehen, und unsere Anwesenden Fachreferentinnen und Fachreferenten die Entwicklung der Arbeitsmarktreformen seit Jahren beobachten, denn die Materie ist äußerst komplex.

Waren diese Reformen nun notwendig? Waren sie erfolgreich? Die Arbeitslosigkeit ist derzeit in Deutschland auf rekordtief, die Wirtschaft ist stabil und Staatseinnahmen auf einem Allzeithoch.

Doch ein genauerer Blick lohnt sich. Die Hartz-Maßnahmen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Leiharbeit und Minijobs sind so hoch wie nie. Gerade junge Menschen finden beim Berufseinstieg einen Arbeitsmarkt vor, der hochgradig unsicher und prekär ist. 10 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren arbeiten in Leiharbeit, 30 Prozent sind befristet, fast jeder vierte Jugendliche unter 30 Jahren ist atypisch beschäftigt. Ein unsicherer und schlecht bezahlter Berufseinstieg ist Alltag geworden und viele Beschäftigte haben jahrelang keine Arbeit, die zum Leben reicht.

Weil Hartz IV eben nicht nur ein Teil deutscher Arbeitsmarktpolitik ist, sondern auch stigmatisiert, Menschen als faul abstempelt und Fehlverhalten staatlich durch Leistungskürzung sanktioniert, erleben wir eine hohe Verbleiberate in diesem System. Hartzler bleibt Hartzler, könnte man sagen.

Im Ergebnis ist die Armut in Deutschland, trotz brumrender Wirtschaft, auf Rekordhoch. Als arm gilt jemand, der weniger als 60 Prozent des deutschen Medianeinkommens (mittleren Einkommens) hat. Für einen Single liegt die Grenze monatlich derzeit bei rund 890 Euro netto. Mittlerweile sind mit über 16 Millionen Menschen in Deutschland, das ist fast jeder Fünfte in der Bundesrepublik, von Armut bedroht. Besonders erschreckend ist, dass fast jedes fünfte Kind in Deutschland nun in Armut aufwächst. Das ist für eines der reichsten Länder der Erde ein Armutszeugnis, das seinesgleichen sucht. Das ist ein Skandal, für den man sich nur schämen kann.

Gleichzeitig offenbart diese Entwicklung, dass es bei Arbeitsmarktpolitik auch immer um Verteilungspolitik geht. Im selben Maße, wie prekäre Beschäftigung wächst und die Armut zunimmt, sinken die Arbeitskosten und steigen

die Profite der Unternehmen. Noch nie war die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland so weit auseinander. Noch nie gab es so viele Einkommensmillionäre wie heute. Innerhalb des Euroraums weist Deutschland eine der höchsten Ungleichverteilungen auf. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens.

Ungerecht? Ohne Zweifel und brandgefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Davon profitieren letztendlich auch AfD, Rechtspopulisten und Co. Es ist also an der Zeit etwas zu verändern.

Wir haben als Gewerkschaftsjugend die Hartz-Reformen von Anfang an kritisiert und fordern eine Abschaffung der Sanktionsmechanismen im Rahmen von Hartz IV sowie eine deutliche Erhöhung der Regelsätze.

Wir setzen uns ein für eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes insbesondere durch eine klare Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit sowie der Minijob-Verhältnisse, der Abschaffung von Befristungen ohne sachlichen Grund sowie einen Ausbau von betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir engagieren uns als Gewerkschaftsjugend ebenso für die Umverteilung des Reichtums.

Letztendlich frage ich mich: Wem haben diese sogenannten Reformen nun Verbesserung gebracht?

Die Einführung der Hartz-Gesetzgebungen hat sich insbesondere für die jungen Menschen in Deutschland nicht bewährt. Im Gegenteil. Vergleichen wir den Arbeitsmarkt von heute mit dem von vor den Hartz-Reformen, stehen viele Jugendliche schlechter, mit unsicherer Perspektive am Arbeitsmarkt da als vorher. Eine große Anzahl an Beschäftigten ist arm trotz Arbeit und kann seine Familie

nicht mehr ernähren. Eine Vielzahl an Kindern wächst wegen Hartz IV in Armut auf und wird sehr wahrscheinlich im Laufe des Lebens immer arm sein.

In den letzten Jahren wurden einige Elemente der Hartz-Reformen von der Politik mühsam wieder korrigiert. Was einmal eingeführt wurde, so zeigt sich, ist schwer wieder zu ändern.

Gerade mit diesen Erfahrungen, die wir mit den Hartz-Gesetzen gemacht haben, können wir nur hoffen und gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Gesetze so nicht in Österreich eingeführt werden. Arm trotz Arbeit darf nicht auch noch in Österreich gelten.

Ich bedanke mich noch einmal herzlich für die Einladung, freue mich jetzt auf die anstehenden Fach-Inputs und wünsche uns allen eine gute Veranstaltung.